

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Retzki, Bernd, Dezernent IV	Dezernent IV
Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Kuhlmann, Carsten	Amtsleiter 50
Melias, Immanuel	Abteilungsleiter 502
El Boustami, Ghalia	Bildungszentrum
Söllig, Corinna	Moderatorin
Strohhäcker, Michael	Protokollführer
Seifarth, Tom	Anwärter

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Hensel, Falk	SPD
Meinberg, Kersten	SPD
Müller, Karl - Heinz	CDU
Zgonc, Beate	Bündnis 90/Die Grünen

Beratende Mitglieder

Ercolano, Aline	Sprecherin KAG
Lubosch, Wenke	Vorsitzende örtliche Pflegekonferenz

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 24.02.2026 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Umsetzung Maßnahme des 2. Handlungsplans Inklusion Checkliste für inklusive Freizeitstätten
Vorlage: XIX-0684/2026
7. Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt (RVZ) – Zuschüsse 2023 ff.
Vorlage: XIX-0697/2026
8. Jahresbericht 2025 des Amtes für Soziales
Vorlage: XIX-0688/2026

9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
 10. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet um 18:32 Uhr die 18. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit. Sie bittet die per Video Teilnehmenden, ihre Kameras einzuschalten, um die Öffentlichkeit der Sitzung zu gewährleisten.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Frau Eisenbarth stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Frau Eisenbarth informiert über eine Änderung der Tagesordnung, da TOP 6 aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit der Berichterstatte(r)in, Frau Jussen, vertagt werden muss und in einer der kommenden Sitzungen erneut behandelt werden soll.

Frau Florek schlägt vor, Anmerkungen zur Anlage der Drucksache zu TOP 6 dennoch zu besprechen, um den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, bis zur nächsten Sitzung Änderungen vorzunehmen. Herr Retzki regt an, solche Fragen im Rahmen von TOP 5.2 zu stellen.

Mit diesen Hinweisen wird die Tagesordnung festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 24.02.2026 (§§ 23, 5d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig bei sieben Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 24.02.2026 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau Florek macht deutlich, dass ihr bei der Durchsicht der Anlage zur Drucksache XIX-0684/2026 (TOP 6 der Einladung) einige Unklarheiten aufgefallen seien. Herr Retzki schlägt vor, dass Frau Florek ihre Hinweise direkt mit Frau Jussen, die in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat die Drucksache inhaltlich vorbereitet habe, besprechen möge. Er betont, dass die Themen teilweise sehr detailliert seien und eine Klärung im direkten Austausch sinnvoller sei. Frau Florek erklärt sich bereit, mit Frau Jussen Kontakt aufzunehmen.

TOP 6 Umsetzung Maßnahme des 2. Handlungsplans Inklusion Checkliste für inklusive Freizeitstätten Vorlage: XIX-0684/2026

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die Berichterstatterin, Frau Jussen, erkrankt ist.

TOP 7 Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt (RVZ) – Zuschüsse 2023 ff. Vorlage: XIX-0697/2026

Herr Retzki erläutert die zur Beschlussempfehlung vorliegende Drucksache.

Frau Florek beantragt, die Vorlage zur erneuten Erörterung in die Fraktionen zu geben, da noch Beratungsbedarf bestehe. Dem Kreisausschuss solle dann in seiner nächsten Sitzung die Abgabe einer Beschlussempfehlung für den Kreistag freigestellt werden. Frau Steinbrügge fügt hinzu, es liege ein umfangreicher Fragenkatalog von Herrn Wolff vor, der mit dem Protokoll beantwortet werden solle.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund der Kürze der Zeit ist eine Beantwortung des Fragenkataloges von Herrn Wolff über das Protokoll nicht realisierbar, die Beantwortung wird seitens der Verwaltung separat nachgereicht.

Herr Brücher stellt Verständnisfragen zu den bisherigen Beschlüssen und der Verwendung des Begriffs „Zuschuss“. Er möchte geklärt wissen, ob es sich um einen Zuschuss oder einen Defizitausgleich handele und wie die Verrechnung der Zuschüsse erfolge. Frau Steinbrügge erläutert, dass das RVZ voraussichtlich dauerhaft auf Zuschüsse angewiesen sei, um die Liquidität zu sichern, und verweist auf andere Einrichtungen, die ebenfalls regelmäßig Zuschüsse erhalten. Herr Retzki ergänzt, dass der Zuschuss für 2025 bereits beschlossen und teilweise ausgezahlt worden sei.

Frau Wagner-Judith bittet um eine klare Definition des Begriffs „Zuschuss“ und kritisiert die wiederholte Vorlage von Drucksachen oder Berichten mit unterschiedlichen Zahlen. Frau Steinbrügge erklärt, dass die Zusammenfassung der Defizite der Jahre 2023 bis 2025 der Transparenz diene und die Zuschüsse erforderlich seien, um Defizite zu vermeiden.

Frau Resch-Hoppstock teilt mit, dass die SPD-Fraktion keinen weiteren Beratungsbedarf sehe, jedoch die Beantwortung der offenen Fragen begrüße. Frau Florek erinnert daran, dass bei der Gründung des RVZ und MVZ prognostiziert worden sei, dass sich die Einrichtungen nach einer gewissen Zeit selbst tragen würden. Sie fragt, warum nun feststehe, dass dies nicht der Fall sei. Frau Steinbrügge erklärt, dass die seinerzeit vorgelegten Prognosen zu optimistisch waren. Trotz der verbesserten Ergebnisse sei das MVZ derzeit nicht in der Lage, die Defizite des RVZ auszugleichen, weil aktuell noch die neue Zweigstelle in Burgdorf hinzukomme. Herr Retzki ergänzt, dass das MVZ 2024 einen Überschuss von 11.201,55 Euro und 2025 voraussichtlich 30.000 Euro erwirtschaftet habe. Die Zweigstelle in Burgdorf werde gut angenommen, verursache jedoch zunächst zusätzliche Kosten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Vorlage wird zunächst zur weiteren Beratung in die Fraktionen gegeben. Dem Kreisausschuss steht es danach frei, in seiner nächsten Sitzung eine Beschlussempfehlung abzugeben.

**TOP 8 Jahresbericht 2025 des Amtes für Soziales
Vorlage: XIX-0688/2026**

Herr Kuhlmann erläutert anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die vorliegende Drucksache.

Frau Florek erkundigt sich zu den Abgängen in Pflegeheimen und möchte wissen, ob diese ausschließlich Todesfälle umfassen oder auch Heimwechsel beinhalten. Herr Kuhlmann erklärt, dass die Abgänge alle Gründe umfassten, darunter Todesfälle, Heimwechsel und in seltenen Fällen auch Rückkehr in die häusliche Pflege.

Frau Resch-Hoppstock hebt hervor, dass die demografische Entwicklung in allen Bereichen des Berichts deutlich werde und die finanziellen Belastungen für die Kommunen durch die Bundes- und Landespolitik nicht ausreichend berücksichtigt würden. Sie betont die Notwendigkeit von Reformen, insbesondere im Bereich der Pflegefinanzierung.

Herr Glier erkundigt sich nach Bearbeitungsrückständen und personellen Engpässen im Amt für Soziales. Herr Kuhlmann erklärt, dass die Personalsituation insgesamt gut sei, jedoch punktuell Herausforderungen bestünden. Er weist auf die Notwendigkeit hin, flexibel auf zukünftige Entwicklungen, insbesondere im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Sozialstaatsreform, zu reagieren.

Frau Wagner-Judith fragt nach der Erfolgsquote von Widersprüchen und Gerichtsverfahren. Herr Kuhlmann erklärt, dass diese Daten derzeit nicht systematisch erfasst würden, jedoch für zukünftige Berichte berücksichtigt werden könnten. Hinsichtlich der Gerichtsverfahren sei man um eine Präzisierung der Angaben über das Protokoll bemüht.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Die im Jahresbericht aufgeführten 39 abgeschlossenen Gerichtsverfahren lassen sich wie folgt differenzieren:

- 21 Abweisungen (Das Gericht hat die Klage inhaltlich abgelehnt)
- 8 Rücknahmen (Die Kläger haben die Klage von sich aus zurückgezogen),
- 6 Einstellungen (Das Verfahren wurde ohne Urteil beendet, z.B. durch Einigung oder Erledigung)
- 4 Verpflichtungen (Das Gericht hat zugunsten der Kläger entschieden)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Vom Jahresbericht des Amtes für Soziales für 2025 wird Kenntnis genommen.

TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Herr Retzki weist - unter Bezugnahme auf den im Saal verteilten Flyer - darauf hin, dass der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am heutigen Tag stattfindet. Er erläutert, dass dieser jährlich begangen werde und in diesem Jahr unter dem Motto „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“ stehe. Ziel des Protesttages sei es, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung als Grundrecht zu betonen und nicht als Privileg darzustellen. Er hebt hervor, dass rund um den 5. Mai in Wolfenbüttel und der Umgebung verschiedene Aktionen durchgeführt würden, die Inklusion, Barrierefreiheit und die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung fördern sollen. Diese Maßnahmen zielten darauf ab, sowohl bauliche als auch gedankliche Barrieren abzubauen und Menschen mit Behinderung eine Stimme zu geben.

Herr Retzki informiert weiter, dass in Wolfenbüttel eine Aktion unter dem Motto „Siehst du den Menschen hinter der Fassade“ stattfindet. Er erklärt, dass im Rahmen dieser Aktion vom 4. bis zum 10. Mai zehn Papp-Silhouetten in der Innenstadt von Wolfenbüttel aufgestellt würden. Diese Silhouetten enthielten Texte und Geschichten, die teils sehr persönliche Einblicke in das Leben und die Herausforderungen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen oder Beeinträchtigungen geben würden.

Der Flyer ist diesem Protokoll noch einmal als Anlage beigelegt.

TOP 10 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau Eisenbarth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:31 Uhr.

Bettina Eisenbarth
(Vorsitzende)

Bernd Retzki
(Dezernent IV)

Michael Strohäcker
(Protokollführer)